Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zucker und ... zu öffnen. Beste Kindernahrung als Kaffee-Sahne billig und bequem. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Curt Heinsius
Dresden-N., Tieckstr. 12
Fernsprech-Amt II, 2100.
Mehrjährige Garantie.
Kostenfreie Probe.
8 Mal prämiirt, 60,000 St. in Function

Geräuschlose Thürschliesser
m. dopp. Luftentleerung, gewaltsames Schliessen schadlos.

Simon's Annenhof Dresden.
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.
Mässige Preise.

L. Weidig
Nr. 34 Waisenhaus-Strasse Nr. 34.
Grosse Auswahl in Neuheiten
hochelegant garnirter Damenhüte
in jeder Preislage.
Regelmässige persönliche Einkäufe u. Modestudien in Berlin, Paris, Wien.

Alle technischen Waaren von Gummi u. Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler liefert sofort
Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 66 Tel. 235

Friedr. Greiff & Sohn
Georgplatz 9 Tuchhandlung Georgplatz 9
Grösste Auswahl
von Winter-Paletot-, Anzug- und Hosenstoffen in nur besten Fabrikaten zu billigsten Preisen.

Herren-Artikel. Altmarkt. Robert Kunze. Rathhaus. Reise-Artikel.
Jagd-Artikel. — Lederwaaren. — Sportartikel.

Nr. 338. Spiegel: Stöcker und Prinz Johann über den wilden Antisemitismus. Hofnachrichten, Fahnenüberreichung, Knappschaftsfest, Litterar. Verein, „Barbaratag", Victoriasalon. Falstaff, Mattowsky-„Erotisches", „Gustav Adolf". | Vermuthliche Witterung: Vorwiegend heiter, wärmer. | Dienstag, 4. Dezbr.

Politisches.

In Berlin, wo von jeher der demagogisch-radikale Antisemitismus am ärgsten sein Unwesen getrieben hat, ist in letzter Zeit das Bedürfniß immer dringlicher geworden, eine reinliche Scheidung eintreten zu lassen zwischen den staatserhaltenden und streng monarchisch gesinnten Antisemiten, welche die Eindämmung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens für eine unerläßliche Forderung einer gesunden christlichen, konservativen und nationalen Politik halten, und jenen extremen Raddau-Antisemiten Böckel-Ahlwardt'scher Observanz, denen die Agitation, das Unterwühlen und Unterminiren der Volksmassen persönlicher Selbst- und Lebenszweck ist, die in der Wirkung ihres zersetzenden Treibens sich wenig oder gar nicht von der revolutionären Sozialdemokratie unterscheiden. Ganz wie Ahlwardt ist Böckel fast am Ende seiner politischen Entwickelung, auf dem Boden einer atheistisch-sozialistisch-demokratischen Weltanschauung, angelangt. Wie dem ehemaligen Berliner Rektor genügt diesem Führer der Reformpartei das Schlagwort: „Gegen die Juden!" schon längst nicht mehr; er hat es schlankweg durch die Parole: „Gegen das Kapital!" ersetzt, und es fehlt nur noch ein kleiner Schritt bis zu dem offenen Schlachtruf: „Gegen die Fürsten!" Hat doch schon ein Verband sogenannter deutsch-liberaler Antisemiten die Forderung eines Volkswahl-Kaiserthums auf sein Programm gesetzt, und bei der Reichstags-Stichwahl in Bernburg-Köthen hat kürzlich der dortige Führer des radikalen Antisemitismus die direkte dringliche Aufforderung an seine Anhänger gerichtet, für den Sozialdemokraten gegen den Kandidaten der Ordnungsparteien zu stimmen. Mit solchen Elementen kann ein besonnener, maßvoller Antisemitismus keine Gemeinschaft haben und nie und nimmer ein aktionskräftiges Bündniß eingehen. In der letzten Versammlung der christlich-sozialen Partei hat daher Hofprediger Stöcker wieder einmal mit jenem Muthe der Ueberzeugung, der diesen unerschrockenen Vorkämpfer der antisemitischen Bewegung stets ausgezeichnet hat, die Unmöglichkeit dargelegt, mit den „wilden" Antisemiten zusammenzugehen. Stöcker's Ausführungen stimmen hierin vollständig mit denen des Herrn v. Blumenthal überein, der dafür von den hiesigen Herren Reformern mit Haß verfolgt wird. „Wenn die Antisemiten," führte Stöcker aus, „die mittleren und unteren Stände gegen die oberen aufhetzen, dann sind sie keinen Schuß Pulver werth, dann besorgen sie die Geschäfte der Juden, dann treiben sie nur Demagogie. Bei vielen Antisemiten sei von einer Bekämpfung des Judenthums keine Spur zu finden, sie bekämpfen nur die Regierung und alle Autorität. Eine solche Richtung muß man doch bekämpfen. Böckel treibt bloß eine Politik Böckel und hetzt die Leute gegen alle Autorität auf, gerade wie die Sozialdemokraten. Die Dinge, die ich in meinem Wahlkreis erlebte, haben mich in die Gegnerschaft gegen die wilden Antisemiten getrieben. Noch schlimmer waren die Sachen, die Aufhetzereien, die Schnapslügen im Wahlkreise Neu-Stettin. Viele Antisemiten sind nicht besser als die Sozialdemokraten. Es wird von jener Seite ein Kampf der unteren Stände gegen die oberen Stände getrieben, der jede Harmonie des nationalen Lebens unmöglich gemacht. Der radikale Antisemitismus mit seinen unklugen Forderungen ist der größte Feind der das Judenthum wirksam bekämpfenden Mächte." Ferner bemerkte Stöcker nach dem Berichte der „Staatsb.-Ztg.": „Dinge, wie sie von Böckel, Ahlwardt, und auch von Zimmermann geschehen sind, würden ein Zusammengehen unmöglich machen. Gerade in sächsischen antisemitischen Blättern werde ein Kampf gegen die Konservativen geführt, der das Zusammengehen verhindere." Auch darin wird man Stöcker beistimmen müssen, wenn er bemerkt: „Die Antisemiten scheinen beinahe so empfindlich zu sein, wie die Juden. Sie nehmen sich das Recht, Gott im Himmel und alle Menschen auf der Erde anzugreifen; wenn man ihnen aber etwas sagt, so schreien sie." In der That ist eine sachliche Auseinandersetzung mit diesen „wilden" Antisemiten ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn ihnen einmal die Wahrheit vorgehalten wird, so wissen sie sich nicht anders als durch gemeine Schimpfereien und bodenlose Verdächtigungen zu vertheidigen.

Die Bündnißunfähigkeit dieser „wilden" Antisemiten zeigt wieder einmal ihr Verhalten zur Umsturzvorlage. Lange bevor diese in ihren Einzelheiten und in ihrer Begründung bekannt ist und ohne zu wissen, ob nicht die Regierung die Absicht hat, mit der energischen Bekämpfung der revolutionären Propaganda eine umfassende sozialpolitische und wirthschaftliche Reform Hand in Hand gehen zu lassen, wird das antisozialdemokratische Aktionsprogramm mit einem Aufwand von Phrasen und Schlagwörtern bekämpft, die ebenso gut in einem jüdischen oder in einem sozialdemokratischen Blatte stehen könnten. Böckel stellt allen Gegnern des Umsturzgesetzes seine Kraft zur Bekämpfung desselben zur Verfügung. In Hamburg befürwortete er in einer Versammlung der dortigen Reformpartei eine Resolution gegen die Umsturzvorlage, weil in ihr eine „Verkürzung der Volksrechte" zu erblicken sei. In seinem „Reichsherold" ruft er aus: „Die Reaktion geht um, traut ihr nicht! Traut ihnen nicht, den Pharisäern. Augen auf, deutsche Bürger und Arbeiter! Laßt Euch nicht die paar Rechte nehmen, die in jahrzehntelangem Ringen mühsam erkämpft wurden. Laßt Euch nicht in's Bockshorn jagen mit dem Popanz des Umsturzes und wie die Schlagwörter alle heißen." In ganz derselben Tonart hat der Vertreter von Dresden-Altstadt in einer Striesener Versammlung die bevorstehende Umsturzgesetzgebung als „maßlose reaktionäre Forderung" bekämpft. In einer Versammlung des Dresdner Reformvereins im Tivoli wurde betont, daß die deutsch-soziale Reformpartei niemals in eine Beschränkung der schwer errungenen Volksrechte willigen werde, und es wurde dabei der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die in Aussicht gestellten „Ausnahmegesetze" auch gegen die eigene Partei angewendet werden könnten. Diese tapferen Wortführer der „wilden" Antisemiten müssen doch ein recht böses Gewissen haben und selbst davon überzeugt sein, daß ihre eigene Agitations- und Kampfesweise nur zu leicht mit der der Sozialdemokratie und des Anarchismus verwechselt werden könne. Wenn man sie aber fragen würde, auf welchen Gründen ihre Gegnerschaft gegen die Ausnahmegesetze — um solche dürfte es sich übrigens gar nicht handeln — eigentlich beruht, so würden sie nur mit dem geflügelten Worte, mit dem der Abgeordnete Julius Kell einst in einer Sitzung der sächsischen Kammer die Nachwelt beschenkt hat, antworten können: „Die Gründe der Regierung kenne ich nicht; aber ich muß sie mißbilligen." Die gegenwärtige Opposition der Reformer erinnert an ihr Verhalten der Militärvorlage gegenüber. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie auch diesmal wieder bei der Entscheidung über das Umsturzgesetz das Zünglein an der Waage bilden und sich schließlich, wenn das Radikalmittel der Reichstagsauflösung Anwendung finden sollte, zum zweiten Male zu einem mannesmuthigen „Umfall" bekehren lassen. Vor der Auflösung hatten im vorigen Jahre die Führer der Reformpartei ein „Rückgrat wie eine Eisenstange"; nach der Auflösung bog es sich wie dünnstes Fischbein.

Mit Recht hat Hofprediger Stöcker in seiner letzten Rede betont, daß, wenn man die Judenfrage lösen wolle, zuvor die Zustimmung der Fürsten und der Regierungen gewonnen werden müsse. Durch die Hanswurstiaden der „wilden" Antisemiten werden aber die Leiter der Politik im Reiche und in den Einzelstaaten am allerwenigsten von der Nothwendigkeit des Antisemitismus überzeugt werden können. Leute, die jeden handgreiflichen gesetzgeberischen Gedankens bar sind, die noch niemals einen einzigen positiven Vorschlag zur Verwirklichung gebracht haben, deren ganze Weisheit bisher in pöbelhaften Verhetzungen eingeschlossen lag, solche Leute können nur abstoßend und abschreckend wirken. Wenn übrigens Stöcker gemeint hat, die Fürsten ständen der Judenfrage noch gleichgiltig gegenüber, so mag das anderwärts in Deutschland richtig sein, für unser engeres Vaterland Sachsen trifft das Gott sei Dank nicht zu. Das „Vaterland" erinnerte vor wenigen Tagen an die Haltung, die unser unvergeßlicher König Johann einst als Prinz in der Ersten Ständekammer zur Judenfrage eingenommen hat. In der Sitzung vom 26. Juni 1843 gab der Prinz der Ansicht Ausdruck, daß man einige (politische) Rechte den Juden immer vorenthalten müsse. Vier Jahre später urtheilte Prinz Johann hierüber wie folgt: „Ich glaube, daß so lange ein Staat ein christlicher genannt wird, auch seine Administration von christlichen Grundsätzen durchdrungen sein müsse. Daher glaube ich, können Diejenigen, welche Theil daran nehmen, nur Christen sein, nur solche, welche zu dieser Religion sich bekennen." Am 7. April 1843 äußerte er seine Bedenken über die gefährliche Erwerbsweise der Juden: „Was man stets von den Juden besorgt, sind die Eingriffe in die Gewerbefreiheit und wenn ich auch einen Theil dieser Furcht als Gespensterfurcht bezeichnen möchte, so ist doch die Erfahrung in anderen Ländern so abschreckend, daß man sie wohl beachten muß." Im Jahre 1851, als bereits die Judenemanzipation vollzogen war, sprach Prinz Johann für die Beschränkung ihres Aufenthaltes in Dresden und Leipzig, soweit sie inzwischen nicht anderswo ihren Wohnsitz genommen hätten. „Denn wenn etwas bedenklich bei der Judenemanzipation ist, so ist es gewiß theils ihre Vermehrung, theils ihre Weiterverbreitung in kleinen Städten und vorzüglich auf dem platten Lande. Die Erfahrungen, die in mehreren Staaten gemacht worden sind, namentlich in Polen und selbst in einigen deutschen Ländern, sprechen zu laut gegen eine solche Ausdehnung." Des Weiteren befürwortete er die Beibehaltung des Paragraphen, wonach die Niederlassung einer ausländischen Jüdin in Sachsen durch Verheirathung mit einem inländischen Juden der Genehmigung des Ministeriums des Innern bedürfe und wollte das Recht der Regierung gewahrt wissen, fremden Juden den Eintritt zu verweigern. „Daß dies aber geschehe, möglichst in allen Fällen, ist dringend zu wünschen, und ich wünsche keineswegs eine Begünstigung der Niederlassung ausländischer Juden .. Meine Ansicht im Allgemeinen geht also dahin, die Juden, die wir im Lande haben und ausnahmsweise, wie ich wünsche, daß es nicht geschehe, aufnehmen, möge man gut behandeln, ganz so wie man sie seit zwei Jahren behandelt hat; diejenigen aber, die von dem Auslande dazukommen, möge man möglichst von unseren Grenzen abweisen und im Inlande ihre Verbreitung auf dem platten Lande beschränken." Und weiter im Verlaufe der Debatte: „Ich bin einmal der Ansicht nicht, daß hier von Indifferentismus die Rede sei, ich glaube, es ist ein Gebot des Christenthums, menschlich gegen Andersdenkende zu sein und auch gegen den Juden. Die einzige Rücksicht, die mich bewegt, Beschränkungen zu gestatten, ist die auf die christlichen Mitbürger, und diese eben ist es, die mich dahin bringt, für Beschränkungen der Aufenthaltsorte zu stimmen, weil die Erfahrung zu bekannt ist, welchen Schaden die Juden thun, wenn sie sich auf dem Lande verbreiten dürfen." Wir können die Ueberzeugung haben, daß die Auffassung, die König Johann in diesen Worten festgelegt hat, auch heute noch in unserem erlauchten Herrscherhause fortlebt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Dezember.

Berlin. Der König von Dänemark und der Prinz von Wales mit seinem Sohne, dem Herzog von York, treffen morgen früh hier ein. König Christian hat den beabsichtigten Besuch am hiesigen Hofe wegen des Todes seiner Schwester aufgegeben. — Zu der morgen in Itzehoe stattfindenden Beisetzung der verstorbenen Prinzessin Elise von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg wird die Kaiserin eintreffen. Der Prinz von Wales steigt mit seinem Sohne im Palais der Kaiserin Friedrich ab. — Offiziös wird bestätigt, daß mit Beginn des nächsten Etatsjahres die Post- und Telegraphenbeamten in das Dienstaltersstufensystem eingezogen werden sollen. — Der Chefredakteur des „Kladderadatsch", Trojan, hat der „Nordd. Allg. Ztg." folgende Erklärung zugehen lassen: „In Bezug auf die vom „Kladderadatsch" gebrachte Aeußerung über die Aussage des Frhrn. v. Marschall im Kölner Prozeß gegen die „Westd. Allg. Ztg." erkläre ich hiermit, daß wir infolge mangelnder Kenntniß des von dem Herrn Kammergerichtsrath Wichert an den Herrn Reichskanzler Grafen Caprivi gerichteten Schreibens uns geirrt haben und wir bedauern, diesem Irrthume verfallen zu sein und nehmen den dem Frhrn. v. Marschall gemachten Vorwurf, er habe sich inkorrekt ausgedrückt, vollständig zurück." — Der Kaiser hat den Senatspräsidenten beim Reichsgericht Dr. Drechsler in Leipzig, zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Excellenz" ernannt. — Die „Post" erklärt die vom „Hamb. Korr." angeblich aus bester Quelle erhaltene Meldung, daß der deutsche Botschafter in Paris dem französischen Minister des Auswärtigen mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht habe, wenn die französische Regierung der Anschwärzung der deutschen Militärattachés wegen Spionage nicht schleunigst ein Ziel setze, für unrichtig. — Gestern Abend ist in den Anlagen der alten Lazarethkirche ein 6jähriges Mädchen, Anna Mosler, von einem Unhold in scheußlichster Weise vergewaltigt und ermordet worden. Der Thäter, ein obdachloser Schuhmachergeselle, Ernst Büchoff, am 16. September 1870 zu Großenhain geboren, wurde neben der nackten Leiche in der unmittelbaren Nähe des Thatortes ergriffen und dem Richter vorgeführt. Eine oberflächliche Besichtigung der Leiche ergab, daß der Mörder sein Opfer in fürchterlicher Weise zerfleischt hat. Das Nasenbein war zertrümmert, der Unterleib auseinandergerissen. Der Thäter hatte dem Kinde die Kehle zugeschnürt, um es am Schreien zu hindern und ihm vorher Ziegelsteine und Erde in den Mund gestopft. Bei seiner ersten Vernehmung leugnete Büchoff, der auch in Dresden wegen Diebstahls und Landstreichens bestraft ist, zwar nicht, dem Kinde Gewalt angethan zu haben, behauptete jedoch, daß er dasselbe nackt im Gebüsche habe liegen sehen. Bei seiner zweiten Vernehmung gab er zu, daß er das Mädchen mit noch zwei Knaben vor der Thür eines Hauses gesehen habe, daß er die Knaben nach Branntwein geschickt und allen drei Kindern davon zu trinken gegeben habe, ferner gestand er, daß er die Anna Mosler in der Absicht, sie zu mißbrauchen, fortgeführt und in das Gestrüpp geschleppt habe.

Kiel. Heute Mittag 12 Uhr fand im Exercierhause die Vereidigung der Marine-Rekruten statt. Nach einer Ansprache des Marinepfarrers ermahnte der Kaiser die Rekruten, dem Eide im In- und Auslande treu zu sein.

Levensau. Bei der Eröffnungsfeier der Hochbrücke hielt der Staatssekretär Dr. v. Bötticher eine Ansprache, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Der Kaiser erinnerte in seiner Erwiederung an seinen Großvater, der den Bau des Kanals begonnen, sprach Allen, die an dem Werke mitgearbeitet, seinen Dank aus und pries die Bauleiter und Arbeiter glücklich, denen es vergönnt gewesen, das Werk ihrer Hände vollendet zu sehen. Hierauf vertheilte er an die Bauleiter Ordensauszeichnungen.

Posen. Wie aus Livland gemeldet wird, bezieht sich das Gnaden-Manifest des Czaren auch auf die Pastorenprozesse. Pastor Carl Behring, welcher sich vor dem Wendener Bezirksgericht wegen Vergehens gegen die Satzungen der orthodoxen Kirche zu verantworten hatte, wurde nach dem Antrage des Prokurators auf Grund des Kaiserl. Manifestes völlig freigesprochen.

Stuttgart. Heute Vormittag fand die Nagelung der Fahnen für die vierten Bataillone durch den König und die Königin, die Prinzen und Prinzessinnen von Württemberg, sowie die höheren Vorgesetzten der betr. Truppentheile statt. Darauf folgte die Weihe mit Uebergabe der Fahnen an die betr. Regimenter.

Pest. Abgeordnetenhaus. In der heutigen dritten Lesung der Vorlage, betr. ein unverzinsliches Darlehen für ein neues Lustspieltheater, in welchem jährlich 50 nichtungarische Vorstellungen aufgeführt werden sollen, blieb die Regierung mit zwei Stimmen in der Minorität. Die Opposition war auf Verabredung vollzählig erschienen und hatte die bei Beginn der Sitzung schwach vertretene liberale Partei überrumpelt. Der Abstimmung selbst gingen sehr stürmische Scenen voraus. In der zweiten Lesung war die Vorlage mit einer Mehrheit von 25 Stimmen angenommen worden.

* **Paris.** Der Deputirte Argelier benachrichtigte den Ministerpräsidenten Dupuy, daß er beabsichtige, über die Spionage in Frankreich zu interpelliren. Nach einer Unterredung mit Dupuy und Hanotaux hat sich Argelier entschlossen, die Interpellation bis zur Berathung des Kriegsbudgets zu verschieben.

Cherbourg. Die französische Brigg „Charles" ist hier eingetroffen. Der Kapitän behauptet, das Schiff sei unterwegs in der Nähe des englischen Hafens Dungeneß von dem amerikanischen Schooner „Aeronaut" erst angefahren und dann regulär ausgeplündert worden.

Rom. Das Parlament ist heute mit einer Thronrede eröffnet worden, in der es heißt, daß das Jahr, welches seinem Ende zuneige, ungewiß und ohne Vertrauen auf sich selbst begonnen habe, daß aber, Dank dem gesunden Menschenverstande der Bevölkerung und der Weisheit des Parlaments, das Jahr an seinem Schlusse die Beruhigung der Gemüther hinterlasse, ohne welche es weder eine Energie des Willens noch die Tugend geordneter und fruchtbarer Arbeit gäbe. Die Thronrede sprach dann mit warmem Interesse von der sozialen und der Verwaltungsreform.

London. Die Nachricht vom Tode des japanischen Prinzen Yamashina bei Port Arthur entbehrt, laut zuverlässiger Meldung, der Begründung.

London. 1500 Juden leisteten gestern dem Czaren den Treueid. Der Oberrabbiner Adler führte, die Freundschaft zwischen dem Czaren und dem Prinzen von Wales betonend, aus, er hoffe, daß Rußland nunmehr auch den Juden die Gleichberechtigung mit den anderen Konfessionen gewähren werde.

Petersburg. Anläßlich der im Auslande verbreiteten Gerüchte über eine neue russische Finanzoperation bemerkt die Petersburger „Börsenzeitung", dieselben seien begründet. Dem Finanzministerium sei durch die internationale Handelsbank zu Petersburg eine Offerte der Rothschild-Gruppe, darunter auch des Londoner Hauses Rothschild, wegen Realisirung einer 3prozentigen russischen Goldanleihe von 400 Mill. Frcs. zugegangen, durch welche die 5prozentigen Obligations-Serien der letzten Jahre der staatlich-russischen Eisenbahn amortisirt werden sollen.

* **Washington.** Eine Botschaft Clevelands an den Kongreß erklärt die Bereitwilligkeit des Beistandes der Union zur Beendigung des ostasiatischen Krieges, falls dies den beiden kriegführenden genehm ist, und lobt die Bemühungen des fortschreitenden Japan, vollständige Autonomie im Innern und vollkommene Gleichstellung in der Familie der Nationen zu erlangen. — Infolge eines Protestes Deutschlands empfiehlt Cleveland die vollkommene Aufhebung jenes Theils des Tarifgesetzes, welcher als Differenzialzoll ein Zehntel Cent für Zucker aus den die Ausfuhrprämie zahlenden Ländern auferlegt. Er befürwortet ferner die Zollfreiheit für Kohlen und Eisen und die Beseitigung jeden Differenzialzolles auf raffinirten Zucker.